

EURO-LETTER

Der Euro-Letter wird von der **ILGA-Europa** – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [ILGA-Europe - the European Region of the International Lesbian and Gay Association] mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

Herausgeber: Juris Lavrikovs * **Kontakt:** euroletter@ilga-europe.org

Euro-Letter [auf Englisch] abonnieren:

Senden Sie bitte einfach eine Mitteilung ohne Text an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

Bisherige Ausgaben: Alle vorangegangenen Euro-Letter in englischer Sprache, als auch die deutschen und portugiesischen Übersetzungen von Nr. 76 Januar 2000 und griechische Übersetzungen von Nr. 127 Januar 2006 an, sind im pdf-Format auf unserer Website abrufbar: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter

Die ILGA-Europa dankt der Lesbian and Gay Liberation Front e.V. für die deutschen Übersetzungen des Euro-Letter, die auch auf ihrer Website abrufbar sind: <http://www.lglf.de>, Miguel Freitas für die portugiesischen und Pantelis Ravidas für die griechischen Übersetzungen.

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

In dieser Ausgabe

ILGA-EUROPA

- **JAHRESKONFERENZ – FAMILIEN UND 10 JAHRE ILGA-EUROPA FEIERN!**
- **PILOTFONDS DER ILGA-EUROPA FÜR DIE DOKUMENTATION VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN**
- **ILGA-EUROPA VERÖFFENTLICHT RÜSTZEUG FÜR PRIDE-ORGANISATION IN FEINDLICHER UMGEBUNG**
- **ILGA-EUROPA STARTET DREIJÄHRIGES AKTIONSPROJEKT IN SÜDOSTEUROPA**
- **JOBANGEBOT DER ILGA-EUROPA**

EUROPA

- **EUROPÄISCHE KOMMISSION FINANZIERT PROJEKT ZUR UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN DER LGBT-JUGEND**
- **ÖSTERREICH: WELTWEIT ERSTE EHRUNG EINER LGBT-ORGANISATION IN NATIONALEM PARLAMENT**
- **EUROPARAT**

BESCHÄFTIGUNG

- **LETTLAND VERBIETET ENDLICH DISKRIMINIERUNG SEXUELLER ORIENTIERUNG IN DER BESCHÄFTIGUNG**
- **VEREINIGTES KÖNIGREICH: STONEWALL VERÖFFENTLICHT LEITFADEN ALS HILFE FÜR KLEINBETRIEBE, DAMIT SIE SCHWULE BELEGSCHAFT SCHÜTZEN UND 70 MILLIARDEN PINK POUND NUTZEN**

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

- **IRLAND: GRUNDLEGENDER RECHTSFALL FÜR GLEICHGESCHLECHTLICHE EHESCHLIESSUNG**

TRANSGENDER

- **ÖSTERREICH: VERFASSUNGSGERICHTSHOF STOPPT DRUCK DER REGIERUNG AUF GLEICHGESCHLECHTLICHE PARTNERINNEN, SICH SCHEIDEN ZU LASSEN**

JUGEND

- **"DAS PROJEKT IST SCHWUL? ABGEWIESEN"**

SCHWARZES BRETT

- **KONFERENZ ZU GRUNDRECHTEN VON LGBT-MENSCHEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT**
- **20. JAHRESKONFERENZ VON IGLYO**
- **AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN: JUSTICE INITIATIVE FELLOWS PROGRAMM AN DER ZENTRALEUROPÄISCHEN UNIVERSITÄT**
- **28. INTERNATIONALES TRAININGSPROGRAMM FÜR MENSCHENRECHTE IN QUÉBEC, KANADA**
- **"HETERONORMATIVITÄT UND HOMOSEXUALITÄTEN. FORSCHUNG VON MICHAEL POLLAK"**

Quelle: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern * In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBTIQ - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender [Menschen mit Geschlechtsrollen übergreifender Identität], Intersexuelle, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell, queer), EG – Europäische Gemeinschaft(en), EU - Europäische Union, NGO - nichtstaatliche Organisation * Angabe von Links ohne Hinweis in eckigen Klammern beziehen sich auf Webseiten in englischer Sprache.

ILGA-EUROPA

JAHRESKONFERENZ – FAMILIEN UND 10 JAHRE ILGA-EUROPA FEIERN!

Medienmitteilung der ILGA-Europa, 13. Oktober 2006

Vom 26. bis 29. Oktober versammeln sich über 200 Delegierte aus ganz Europa in der bulgarischen Hauptstadt Sofia zur 10. Jahreskonferenz der ILGA-Europa (der 28. europäischen Jahreskonferenz der ILGA). Das Motto der Konferenz lautet **"Wir sind eine Familie – Unsere Familien in Europa und die europäische Familie"**. Diese Konferenz konzentriert sich hauptsächlich auf zwei Dinge – Familien und den 10. Jahrestag der ILGA-Europa feiern.

Europa und einige seiner Staaten haben hinsichtlich der Anerkennung, rechtlichen Würdigung und Akzeptanz verschiedener Familienformen große Fortschritte gemacht. Aber es ist immer noch eine beträchtliche Arbeit zu leisten, um die vollständige soziale Akzeptanz und rechtliche Gleichstellung für alle Familien überall auf dem Kontinent zu erreichen. Die ILGA-Europa setzt die Vielfalt von Familienformen und ihre Akzeptanz und Wahrnehmung mit einer Podiumsdiskussion und verschiedenen Arbeitskreisen zur Familie erneut auf ihre Prioritätenliste.

Traditionsgemäß ist unsere Konferenz eine einmalige Gelegenheit für Aktivisten/innen aus ganz Europa, um Herausforderungen zu diskutieren, Erfolge zu feiern und sich spontan Gedanken über zukünftige Strategien und Projekte zu machen. Wir werden uns weiter anstrengen, die Kapazität der Mitgliedsorganisationen durch die Organisation mehrerer praktischer Arbeitskreise zur Verbesserung unserer Kenntnisse und Techniken bei der Umsetzung von Vielfalt in der Praxis, Lobbyaktivitäten, Mittelbeschaffung und Zusammenarbeit mit den Medien zu steigern.

Weil es unsere Konferenz zum 10. Jahrestag ist, werden wir über unsere Erfolge nachdenken und den Vätern und Müttern der ILGA Anerkennung zollen. Wir werden auch unsere nächsten zehn Jahre skizzieren, die hauptsächlich Herausforderungen feststellen und die besten Vorgehensweisen diskutieren, um mehr und bessere Gleichstellung sowie Menschenrechte für lesbische, schwule, bisexuelle Europäer/innen und Transgender-Europäer/innen (LGBT) zu erreichen.

Es ist wichtig und symbolisch, dass die Konferenz in Bulgarien stattfindet, das der Europäischen Union im kommenden Jahr beitrifft. Wir hoffen, dass das nicht nur für die bulgarischen LGBT-Aktivist:innen und Organisationen eine großartige Gelegenheit sein wird, ihre Mitstreiter:innen aus ganz Europa zu treffen. Und wir hoffen auch, dass dies eine große Chance für die bulgarischen Behörden sein wird, LGBT-Fragen besser zu verstehen und von anderen europäischen Erfahrungen zu lernen, wie diese Fragen angegangen werden können, und Bulgarien zu einer gleichberechtigten Gesellschaft ohne Ausgrenzung für alle seine Bürger:innen zu gestalten.

Die bulgarische Schwulenorganisation GEMINI, die Mitgastgeberin der Konferenz ist, hat einen enormen Beitrag zur Organisation der Veranstaltung geleistet. Nicht nur das Arbeitsprogramm der Konferenz verspricht aufregend, vielfältig und stimulierend zu werden, das gleiche wird vom sozialen Rahmenprogramm erwartet!

PILOTFONDS DER ILGA-EUROPA FÜR DIE DOKUMENTATION VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Von Maxim Anmeghichean

Die ILGA-Europa ruft zum zweiten Mal zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen ihres kleinen Pilotfonds zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen mit Unterstützung des Sigrid Rausing Trusts auf. Der Fonds hat zum Ziel, die Dokumentation von Diskriminierungsfällen, Verbrechen aus Hass und anderen Menschenrechtsverletzungen gegenüber LGBT-Menschen gemäß den internationalen Menschenrechtsstandards voran zu bringen.

Zweiter Aufruf zur Einreichung von Vorschlägen. Fristende: 31. Oktober 2006-11-01

Der kleine Pilotfond wird Kleinprojekte (bis zu 2.000 Euro) unterstützen, die dazu dienen sollen, (Fälle von) Diskriminierung, Verbrechen aus Hass und andere Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, die aufgrund sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität und Geschlechtsausdruck begangen wurden.

Die Informationen in den Dokumentationen wird in Folge von der ILGA-Europa bei ihren Lobbyaktivitäten bei den europäischen Institutionen verwendet: Europäische Union, Europarat und Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Weitere Informationen und Antragsformulare auf unserer Website: www.ilga-europe.org

ILGA-EUROPA VERÖFFENTLICHT RÜSTZEUG FÜR PRIDE-ORGANISATION IN FEINDLICHER UMGEBUNG

Medienmitteilung der ILGA-Europa, 06. Oktober 2006

Dieses Rüstzeug ist eine Reaktion auf den feindlichen und gewalttätigen Widerstand gegen die ersten Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender-Pride-Veranstaltungen (LGBT) in einigen ost- und zentraleuropäischen Staaten während der letzten Jahre.

Das Rüstzeug soll Ideen, Informationen und Hilfsquellen für alle zur Verfügung stellen, die Pride-Veranstaltungen in einer feindlichen Umgebung organisieren wollen. Mit ausführlichem Rückgriff auf die Erfahrungen und Erfolge von Pride-Organisator:innen und dem Abgleich dieser Beiträge mit Informationen über die Unterstützung von europäischen Institutionen und der internationalen LGBT-Community zielt es darauf ab, die Konsolidierung des bisher gemachten Fortschritts zu untermauern und das Grundwissen für alle vorzuhalten, die Veranstaltungen in Ländern und Städten vorbereiten, in denen vorher noch nie Pride-Veranstaltungen durchgeführt wurden.

Das Rüstzeug wurde in enger Zusammenarbeit mit Pride-Organisator:innen in verschiedenen Ländern erarbeitet. Auf der Konferenz 'Pride gegen Vorurteile' während des EuroPride 2006 in London im Juli brachten über 100 Aktivist:innen aus 28 Staaten wertvolle Beiträge und Vorschläge für das Rüstzeug ein. Es wird Ende Oktober auf der 10. Jahreskonferenz der ILGA-Europa vorgestellt.

Die PDF-Version des Rüstzeugs ist auf der Website der ILGA-Europa verfügbar unter:

www.ilga-europe.org/europe/publications/non_periodical/prides_against_prejudice_a_toolkit_for_pride_organising_in_a_hostile_environment_september_2006

Schicken Sie uns bitte eine E-Mail, wenn Sie eine gedruckte Fassung des Rüstzeugs möchten:

juris@ilga-europe.org

ILGA-EUROPA STARTET DREIJÄHRIGES AKTIONSPROJEKT IN SÜDOSTEUROPA

Von Maxim Anmeghichean

Die ILGA-Europa veranstaltete ein fünftägiges Intensivtraining zur Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, Überwachung von Pride-Paraden, Lobbyarbeit bei europäischen Institutionen und Planung von Engagement in Mazedonien vom 02. bis 06. Oktober. Die Teilnehmer/innen waren neun Aktivist:innen von den Organisationen "Kontra" (Kroatien), "GenderDoc-M" (Moldawien) und "MASSO" (Mazedonien). Diese drei Organisationen sind auch ILGA-Europa-Partner in dem dreijährigen Aktionsprojekt, das im Mai 2006 startete, und vom Open Society Institute finanziert sowie von der Sigrid Rausing Stiftung mitfinanziert wird.

Das Projekt hat zum Ziel, sich für die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation von LGBT-Menschen auf dem Balkan und Western Newly Independent States (NIS) [neuerdings unabhängige westliche Staaten] einzusetzen. Es wird sich insbesondere konzentrieren auf:

- Aufbau der Kapazität der Projektpartner in den Bereichen Engagement und Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen gegenüber LGBT-Menschen durch Ausbildung, Ausbildung und Beratung
- Sammlung von Beweisen rechtlicher und sozialer Diskriminierung von LGBT-Menschen in den Projektländern durch Dokumentation von sozialen Einstellungen, Diskriminierungserfahrungen und Verstöße gegen internationale Menschenrechtsstandards
- Engagement auf nationaler und internationaler Ebene für Aktionen der jeweiligen Regierungen, um die Diskriminierung gegenüber LGBT-Menschen anzusprechen

Die Partner/innen werden außerdem nationale Strategien für Engagement umsetzen und werden zu diesem Zweck finanziell unterstützt. Für weitere Informationen können Sie Kontakt mit dem Programmdirektor der ILGA-Europa, Maxim Anmeghichean, aufnehmen unter:

maxim@ilga-europe.org

JOBANGEBOT DER ILGA-EUROPA

Von ILGA-Europa

Die ILGA-Europa sucht zur Zeit eine/n Finanz- und Verwaltungsmitarbeiter/in. Einzelheiten und Bewerbungsformulare finden Sie auf unserer Website:

www.ilga-europe.org/europe/about_us/job_opportunity

EUROPA

EUROPÄISCHE KOMMISSION FINANZIERT PROJEKT ZUR UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN DER LGBT-JUGEND

Von Freunde und Familien von Schwulen und Lesben

Die Europäische Kommission finanziert ein zweijähriges Projekt "Familie ist wichtig. Unterstützung von Familien, um Gewalt gegen schwule und lesbische Jugendliche zu verhindern". Es hat zum Ziel, Gewalt gegen lesbische und schwule Jugendliche durch Unterstützung ihrer Familien zu verhindern.

Das Projekt wird von vier Partnern/innen durchgeführt: der Università del Piemonte Orientale "Amedeo Avogadro" (Dipartimento di Ricerca Sociale), Familienorganisationen in Italien (Agedo - Associazione Genitori di Omosessuali), dem Vereinigten Königreich (Fflag - Families and Friends of Lesbians and Gay men [Familien und Freunde von Lesben und Schwulen]) und Spanien (Ampgil - Asociación de padres y madres de gays y lesbianas [Verband der Väter und Mütter von Schwulen und Lesben]).

Warum werden die Familien junger lesbischer und schwuler Menschen untersucht und unterstützt? Lesbische und schwule Jugendliche finden häufig keine Unterstützung und Rollenmodelle in ihren Familien. Deshalb sind sie verwundbarer, weniger in der Lage, sich zu akzeptieren und mehr Formen von Gewalt wie Einschüchterungen oder sexueller Belästigung als auch Selbstbeschädigung ausgesetzt. Zur gleichen Zeit werden Familien mit ihren eigenen Schwierigkeiten bei der Akzeptanz der Homosexualität eines ihrer Familienmitglieder und bei der Unterstützung gegen Diskriminierung und Gewalt von außerhalb allein gelassen.

Während es Forschung und Unterstützung für Schwule und Lesben in Europa gegeben hat, gibt es einen Mangel an direktem Wissen über Familieneinstellungen und für sie geeignete Interventionsstrategien. Diese Lücke möchte das Projekt "Familie ist wichtig" schließen.

In Italien wird von der Fakultät für Sozialforschung der Universität von Ostpiemont mit Unterstützung von Agedo eine nationale Umfrage durchgeführt (mit selbst entwickelten Fragebögen und eingehenden Interviews). In Spanien wird *Ampgil* bewährte Praktiken im öffentlichen Dienst für Familien mit homosexuellen Jugendlichen sammeln, während im Vereinigten Königreich *Fflag* den ehrenamtlichen Bereich ähnlich untersuchen wird.

Ausbildungs- und Informationsmaterial (eine Videodokumentation, ein Handbuch und eine Website) wird mit dem Ziel der Unterstützung von Familien produziert, damit sie selbst eine Unterstützungsquelle für Jugendliche werden, die den Problemen der Selbstakzeptanz, sozialer Stigmatisierung und homosexuellenfeindlicher Gewalt ausgesetzt sind.

ÖSTERREICH:

WELTWEIT ERSTE EHRUNG EINER LGBT-ORGANISATION IN NATIONALEM PARLAMENT

Von Helmut Graupner

Am 02. Oktober 2006 fand eine höchst erstaunliche Veranstaltung im österreichischen Parlament statt. Das Rechtskomitee LAMBDA (RKL), Österreichs LGBT-Bürgerrechtsorganisation, feierte ihr 15-jähriges Jubiläum mit einer einmaligen Zeremonie im nationalen Parlament der Republik Österreich. Es war das erste Mal weltweit in der Geschichte, dass eine LGBT-Organisation in einem nationalen Parlament geehrt wurde.

Mit über 400 angemeldeten Teilnehmern/innen wurde die Veranstaltung sogar in den Sitzungssaal des Nationalrats verlegt. Der Bundespräsident (Staatsoberhaupt) und der Polizeichef von Österreich schickten Videogrüße. Es sprachen der Justizminister, der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zu Folter, der Präsident des österreichischen Richterverbands, der Generalsekretär von Amnesty International in Österreich, Nationalratsabgeordnete und Vertreter der Bar Association. So entsprach es der Feier des 25-jährigen Jubiläums von Stonewall im Sitzungssaal des Unterhauses mit dem Oberhauspräsidenten als Sprecher und Videogrüßen von Königin Elisabeth der Zweiten.

Vorträge, in denen die gleichgeschlechtliche Eheschließung gefordert wird, wurden vom RKL-Präsidenten Helmut Graupner gehalten, der von den über 500 Zuhörern/innen im Nationalratssaal stürmischen Beifall erhielt, von Hans Ytterberg, der Ombudsmann der schwedischen Regierung gegen die Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, und Robert Wintemute, der weltweit führende Fachmann für Rechtsfragen sexueller Orientierung.

Die Feierlichkeit fand ihren Höhepunkt schließlich in dem außergewöhnlichen Grundsatzvortrag von Richter Edwin Cameron vom Berufunggerichtshof der Republik Südafrika. Richter Michael Kirby des Obersten Zivilgerichts Australien bedauerte, nicht persönlich erscheinen zu können, und schickte eine Grußbotschaft, die verlesen wurde.

Der Empfang fand in der phänomenalen Säulenhalle des Parlaments statt.

Mehrere österreichische Nationalratsabgeordnete und Richter vom Verfassungs- und Verwaltunggerichtshof und andere hochrangige Justizvertreter waren im Publikum. Die Veranstaltung wurde von Richterin Lilian Hofmeister vom Verfassungsgerichtshof moderiert.

Die Feierlichkeit wurde von Barbara Prammer, Vizepräsidentin (und zukünftige Präsidentin) des Nationalrats, unterstützt und eröffnet. Sie ist außerdem Mitglied im Beirat des RKL. Wie es auch der (nach den Wahlen am 01. Oktober) wahrscheinliche nächste Ministerpräsident (Alfred Gusenbauer) ist.

Photos und Berichte über dieses historische Ereignis von internationaler Dimension finden Sie unter:

www.gayboy.at/news/10377
www.gay.or.at/article/1159944342
www.gaynet.at/eventpics/110

Eine DVD (mit deutschem und englischem Ton) und eine Webseite über die Feierlichkeit werden in Kürze auf der Website des RKL verfügbar sein:

www.RKLambda.at

EUROPARAT

Von Patricia Prendiville

Der Europarat diskutiert in einer Sondersitzung im November 2006 Fragen zum Schutz und zur Unterstützung von Menschenrechtsaktivisten/innen in Europa. Wenn Sie der Sitzung beiwohnen möchten, nehmen Sie bitte Kontakt mit dem Büro des Menschenrechtskommissars auf:

julien.atteuil@coe.int oder sirpa.rautio@coe.int oder lauri.sivonen@coe.int

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.coe.int/t/F/Droits_de_l'homme/HRDefenders_e.asp

BESCHÄFTIGUNG

LETTLAND VERBIETET ENDLICH DISKRIMINIERUNG SEXUELLER ORIENTIERUNG IN DER BESCHÄFTIGUNG

Quelle: ILGA-Europa-Medienmitteilung, 21. September 2006

Das lettische Parlament stimmte gestern einem Änderungsantrag für das Arbeitsrecht des Landes zu, um die Diskriminierung sexueller Orientierung in der Beschäftigung ausdrücklich zu verbieten. Bis gestern war Lettland der einzige Mitgliedstaat der Europäischen Union, der unterlassen hatte, die Bestimmungen der Richtlinie 2000/78/EG zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf umzusetzen, um Beschäftigte vor Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung zu schützen.

Die ILGA-Europa begrüßt diese lang erwartete Entscheidung und dankt den lettischen Politikern/innen, die diese Gesetzesänderung unterstützten und sich gegen Vorurteile und Diskriminierung stellten. Allerdings bleibt die ILGA-Europa besorgt, weil Lettland eine solche lange und bittere Schlacht brauchte, um diese Gesetzgebung umzusetzen, trotz der Verpflichtung des Landes als EU-Mitgliedstaat zur Umsetzung von EU-Richtlinien. Während der parlamentarischen Debatte äußerten einige lettische Abgeordnete erneut offenen Hass und Vorurteile gegenüber Lesben, Schwule, Bisexuellen und Transgender-Personen (LGBT). Die ILGA-Europa ist außerdem besorgt darüber, dass die Entscheidung zur Umsetzung der EU-Richtlinie mit einer relativ kleinen Mehrheit (46 Abgeordnete dafür, 35 dagegen bei 3 Enthaltungen; 9 Abgeordnete stimmten nicht ab) gefällt wurde. Darüber hinaus fand die Abstimmung nur statt, nachdem der Präsident Lettlands seine geänderte Gesetzgebung dem Parlament nach einer ersten Ablehnung durch lettische Abgeordnete erneut zur Beratung vorlegte.

Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte: "Wir begrüßen diese Entscheidung des lettischen Parlaments, die Diskriminierung sexueller Orientierung in der Beschäftigung zu verbieten. Lettland verankerte letztendlich in seiner Gesetzgebung eine der Schlüsselprinzipien der EU, was besagt, dass niemand in der Europäischen Union auf dem Arbeitsmarkt wegen seiner Sexualität diskriminiert werden sollte. Wir sind froh, dass genug lettische Abgeordnete den Mut hatten, diese Gesetzgebung als Teil der lettischen Verpflichtung zu Werten der Gleichstellung und Nichtdiskriminierung und zur Vorbeugung unnötiger, teurer und ärgerlicher Durchsetzungsverfahren zu billigen. Wir können endlich schlussfolgern, dass sechs Jahre nach ihrer Verabschiedung die Anforderung der Richtlinie, die Diskriminierung sexueller Orientierung in der Beschäftigung zu verbieten, bald in allen Mitgliedstaaten umgesetzt ist".

VEREINIGTES KÖNIGREICH:

STONEWALL VERÖFFENTLICHT LEITFADEN ALS HILFE FÜR KLEINBETRIEBE, DAMIT SIE SCHWULE BELEGSCHAFT SCHÜTZEN UND 70 MILLIARDEN PINK POUND NUTZEN

Quelle: Stonewall Medienmitteilung, 11. Oktober 2006

Stonewall hat seinen ersten Leitfaden herausgegeben, in dem vier Millionen Kleinbetriebe beraten werden, wie sie schwulenfreundlicher werden können. **Gay People, Your Business** [Schwule Menschen, Ihr Geschäft] ist in einfachem Englisch geschrieben und kann in 15 Minuten gelesen werden. Es stellt wichtigen Rat und wichtige Informationen zur Unterstützung lesbischer und schwuler Belegschaft und wie man Zugang zum "pink pound" [Kaufkraft der homosexuellen Klientel] gewinnt zur Verfügung. Die Kaufkraft schwuler Menschen in Britannien wird zur Zeit auf 70 Milliarden Pfund pro Jahr geschätzt.

Gay People, Your Business wird vom Verband der Kleinunternehmen unterstützt und ist vom Ministerium für soziale Gruppierungen und Kommunalregierungen finanziert worden.

"Trotz der manchmal geäußerten Ansichten wissen wir, dass es viele Kleinbetriebe gibt, die das Richtige rund um die Gleichstellung tun möchten", erklärte Ben Summerskill, Geschäftsführer von Stonewall. "Allerdings sind viele Anleitungen zur Gleichstellung extrem langatmig und in Kauderwelsch geschrieben. Ich bin hoch erfreut, dass wir es geschafft haben, einen Leitfaden zu verfassen, der Millionen von Besitzern/innen von Kleinbetrieben zugänglich sein wird."

Stephen Alambritis vom Verband der Kleinunternehmen erklärte: "Dieser Leitfaden ist ein Muss zum Lesen für kleine Betriebe, die ihre Politik für Vielfalt auf den Weg bringen möchten und anstreben, Nutzen aus dem pink pound zu ziehen. Er ist eine unschätzbare Hilfsquelle."

Meg Munn, Abgeordnete und Ministerin für Frauen und Gleichstellung im Ministerium für soziale Gruppierungen und Kommunalregierungen erklärte: "Weil 97% aller Betriebe weniger als 20 Mitarbeiter/innen beschäftigen, ist es eine entscheidende Notwendigkeit, sie auf die Schutzmaßnahmen hinsichtlich sexueller Orientierung aufmerksam zu machen. Wir sind hoch erfreut, die Gelegenheit gehabt zu haben, mit Stonewall bei dieser wichtigen Initiative zusammen gearbeitet zu haben."

50.000 Exemplare von **Gay People, Your Business** sind hergestellt worden; die Hälfte davon wird vom Verband für Kleinunternehmen verteilt. Kopien können auch von der Stonewall Website herunter geladen werden unter:

www.stonewall.org.uk

Britanniens 1,7 Millionen lesbische und schwule Arbeitnehmer/innen erfreuen sich rechtlichen Schutzes gegen Diskriminierung seit Dezember 2003. Allerdings wissen das nicht alle Arbeitgeber/innen und einige riskieren folglich Arbeitsgerichtsprozesse. Kleinbetriebe und mittelständische Unternehmen (mit bis zu 250 Mitarbeitern/innen) stehen für 60% der Beschäftigung im Vereinigten Königreich.

Exemplare von Gay People, Your Business können beim Verband der Kleinunternehmen bezogen werden unter:

www.fsb.org.uk

Weitere Informationen über Schwulsein am Arbeitsplatz sind verfügbar unter:

www.stonewall.org.uk/workplace

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

IRLAND: GRUNDLEGENDER RECHTSFALL FÜR GLEICHGESCHLECHTLICHE EHESCHLISSUNG *Von ILGA-Europa*

Zur Zeit wird ein hochwichtiger Prozess in Irland verhandelt, in dem das geltende Eherecht angefochten wird. In diesem Artikel finden Sie einen Link zur Website der Kampagnenbetreiber/innen, die das irische Recht anfechten und wo Sie die neuesten Nachrichten über diese wichtige Entwicklung finden können.

Der Prozess von Katherine Zappone und Ann Louise Gilligan angestrebte Prozess handelt von Fairness und Gleichstellung für alle Mitglieder der Gesellschaft – sein Hauptanliegen ist die Respektierung von Rechten und Pflichten verheirateter und nicht verheirateter Menschen, ihre Leben in einer Atmosphäre sozialer und wirtschaftlicher Stabilität zu teilen.

Obgleich in dem Prozess nur die staatliche Anerkennung ihrer geltenden kanadischen Ehe gefordert wird, sind die Folgen einer solchen Anerkennung weitreichend für die Partnerschaftsgesetzgebung in Irland.

Lesen Sie mehr unter:

www.kalcase.org

TRANSGENDER

ÖSTERREICH: VERFASSUNGSGERICHTSHOF STOPPT DRUCK DER REGIERUNG AUF GLEICHGESCHLECHTLICHE PARTNERINNEN, SICH SCHEIDEN ZU LASSEN

Von Helmut Graupner

Das Rechtskomitee LAMBDA (RKL) begrüßte erfreut das Urteil des österreichischen Verfassungsgerichtshofs zur Aufhebung des Dekrets des Innenministers zu Transsexuellen, das gleichgeschlechtliche Partner/innen zwang, ihre Ehe aufzulösen (VfGH 08.06.2006, V4/069).

Die Antragstellerin ist eine Mann-zur-Frau-Transsexuelle, die ein glückliches Familienleben mit ihrer Frau und ihren zwei Kindern lebt. Im vergangenen Jahr unterzog sie sich einer Geschlechtsumwandlung. Seitdem lebt sie als Frau in gleichgeschlechtlicher Ehe mit ihrer Frau, die sie bereits geheiratet hatte, als sie ein Mann war.

Nach dem Fallrecht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte haben Transsexuelle nach einer Geschlechtsumwandlung ein Grundrecht unter der Europäischen Menschenrechtskonvention, dass ihr Geschlechtseintrag im Geburtenbuch in ihr neues Geschlecht geändert wird; und sie dadurch auch Personalpapiere mit dem neuen Geschlecht erhalten.

Die 1996 vom Innenminister erlassene Verordnung zu Transsexuellen machte allerdings die Gewährung dieses Menschenrechts für verheiratete Transsexuelle, deren Ehe nach der Operation gleichgeschlechtlich wurde, abhängig von der Auflösung ihrer Ehe.

Deshalb verweigerte die Behörde den Geschlechtseintrag ins Geburtenbuch. So musste sie als Frau weiterhin mit Personalpapieren eines Mannes vorlieb nehmen und dadurch ihre Transsexualität allen offen legen, die diese Personalpapiere einsahen. Ihr Fall ist besonders prekär, weil – nach österreichischem Recht – ihr eheliches Zusammenleben nicht unterbrochen ist und sie deshalb nicht in der Lage ist, ihre Ehe aufzulösen, um die von den Behörden gestellte Bedingung zu erfüllen.

Gleichgeschlechtliche Ehe ist kein Grund für ihre Verweigerung

Der Verfassungsgerichtshof folgte jetzt der Antragstellerin und hob die (wesentlichen Passagen) der Verordnung des Innenministers zu Transsexuellen auf. Zum einen wäre die Verordnung (vom Ministerium als bloße interne Anweisung an die Registrierungsbehörde gedacht) lediglich eine interne Anweisung und damit gesetzeswidrig, weil sie nicht ordnungsgemäß im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden wäre. Zum zweiten teilt der Gerichtshof die von der Antragstellerin erhobenen Bedenken über die substanzielle Gesetzeswidrigkeit der Verordnung: Geschlechtsumwandlung durch eine Operation, auch, wenn eine Person verheiratet sei. Deshalb hätte das Geburtenbuch korrigiert werden müssen, um diese Veränderung anzuzeigen, und der Gerichtshof konnte kein Gesetz finden, das ein Verbot für eine solche Korrektur begründe, wenn eine Person verheiratet sei. Die Verweigerung der Korrektur des Geburtenbuchs könne nicht verhindern, dass die Partnerinnen nach der Operation gleichgeschlechtlich würden, erklärten die Richter.

"Der Verfassungsgerichtshof verdient hohen Respekt für sein Urteil", erklärt Dr. Helmut Graupner, Präsident der österreichischen Schwulenrechtsorganisation *Rechtskomitee LAMBDA (RKL)* und Berater der Antragstellerin. "Die Bundesregierung ihrerseits sollte Ehe und Familie fördern und nicht versuchen, sie nur aufgrund von Gleichgeschlechtlichkeit zu zerstören."

JUGEND

"DAS PROJEKT IST SCHWUL? ABGEWIESEN"

Von Lisette Kampus, *Campaign Against Homophobia [Kampagne gegen Homophobie]*

Die Europäische Kommission hat eine sehr schöne Initiative ergriffen, mit der die Zusammenarbeit zwischen Jugendlichen in Europa erleichtert werden soll, das so genannte European Youth Programm [Europäisches Jugendprogramm]. Das Jugendprogramm soll gleichermaßen für alle Jugendgruppen mit diversen Projekten offen stehen, aber der polnische Vorfall zeigt, dass das nicht immer der Fall ist.

Im europäischen Jugendprogramm gibt es fünf verschiedene Aktionsbereiche in denen junge Menschen oder Jugendsozialarbeiter/innen eine ansehnliche Vielfalt von Aktivitäten durchführen

können. Einer der Aktionsbereiche ist der European Voluntary Service (ESV) [Europäischer Freiwilligendienst], der einem/r Jugendlichen ermöglicht, bis zu zwölf Monaten in einem anderen Land als Ehrenamtler/in für ein von ihm/ihr ausgewähltes Projekt zu arbeiten. Die Entscheidungen über Projekte und nationalen Leitlinien des Programms werden von nationalen Agenturen erstellt, die es in jedem Mitgliedstaat der EU und anderen am Programm beteiligten Ländern gibt. Das heißt, dass die Entscheidungen auf lokaler Ebene gefällt werden, obgleich sie mit den allgemeinen Programmrichtlinien übereinstimmen sollten.

Die polnische LGBT-Organisation Campaign Against Homophobia [Kampagne gegen Homosexuellenfeindlichkeit] bewarb sich vor dem Fristende am 01. Juni mit dem Projekt, dem Europäischen Freiwilligendienst einen Ehrenamtler zu einer Gastorganisation in Schweden für ein Jahr zu entsenden. Nicht nur die Tatsache, dass die Entscheidung über unser Projekt lange verzögert wurde (und im Fall einer positiven Antwort das Projekt am 01. September beginnen sollte), wir erhielten die Antwort am 26. September, sondern auch der Inhalt der Entscheidung war sehr überraschend. Die Entscheidung der Auswahlkommission der polnischen Nationalagentur lautet:

"Ich möchte darüber informieren (26.09.2006), dass die Auswahlkommission entschieden hat, das von der Kampagne gegen Homophobie im Rahmen des Aktionsbereichs 2 des Jugendprogramms: Europäischer Freiwilligendienst eingereichte Projekt Nr. PL-21-433-2006-Rs abzulehnen. Die Mehrheit der Mitglieder der Auswahlkommission stellte fest, dass sich das Projekt der Kampagne gegen die Politik des Aufziehens von Kindern und Jugendlichen richtet, die von dem Ministerium eingeführt wurde. Die Politik des Ministeriums unterstützt keine Aktionen, die darauf abzielen, für homosexuelles Verhalten und entsprechende Einstellungen unter jungen Menschen zu werben. Außerdem ist es nicht Aufgabe des Ministeriums, die Zusammenarbeit homosexueller Organisationen zu unterstützen."

Mit anderen Worten, das Projekt war... schwul! Nun ist die Ablehnung sicher keine Überraschung (Alles in Allem, das Jugendprogramm unterliegt der Aufsicht des Bildungsministeriums und der Minister ist der wohlbekannte Homohasser, Roman Giertych), aber was in der Tat überrascht ist, dass das Ministerium das erste Mal seine Homophobie so offen zeigt, und die Tatsache, dass es prinzipiell keine LGBT-Organisationen unterstützt.

Was ist zu tun? Wir haben bereits mehrere Briefe an die Kommission geschrieben und angefragt, wie sie zu den laufenden Problemen mit dem Jugendprogramm in Polen stehen. Natürlich kann die Kommission nur vorsichtige, politisch korrekte Antworten geben. Aber in diesem Fall hoffen wir, dass einige Maßnahmen ergriffen werden, weil diese Entscheidung des polnischen Bildungsministeriums in der Tat eine klare Verletzung der Richtlinien für das Jugendprogramm darstellt.

Medienmitteilung der Internationalen Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender-Jugendorganisation zu dem Sachverhalt unter:
www.iglyo.com/content/article.hph?id=QA000130

SCHWARZES BRETT

KONFERENZ ZU GRUNDRECHTEN VON LGBT-MENSCHEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Von Gauri Van Gulik

Die Gruppe der Sozialisten im Europäischen Parlament organisiert eine Konferenz zu Grundrechten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender am 08. und 09. November 2006 in Brüssel.

Das Jahr 2006 war geprägt durch einen Anstieg homosexuellenfeindlicher Hetze und Gewalt in vielen Teilen Europas, einschließlich mehrerer EU-Mitgliedstaaten. Das Jahr 2007 ist als Europäisches Jahr der Chancengleichheit für alle gewidmet. Als Folge der zwei Resolutionen des Europäischen Parlaments (zur Homophobie in Europa, verabschiedet im Januar 2006, und zum Anstieg rassistischer und homosexuellenfeindlicher Gewalt in Europa, verabschiedet im Juni 2006), die beide eine parlamentarische Mehrheit erhielten, was größtenteils auf die Anstrengungen der Sozialistischen Gruppe zurück geht, die eine Schlüsselrolle beim Zusammenbringen der parlamentarischen Mehrheit spielte, ist es wichtig, ein machtvoll politisches Signal gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung am Vorabend des Jahres 2007 zu setzen.

Wir möchten, dass diese Konferenz einem großen Publikum, einschließlich der Mitglieder unserer Gruppe, Vertretern/innen unserer jeweiligen Parteien, Vertretern/innen von NGOs und Fachleuten offen steht.

Für weitere Informationen und zur Anmeldung als Teilnehmer/in für die Konferenz schicken Sie uns bitte eine E-Mail mit Ihrem vollen Namen, Ihrer Funktion, Ihrem Wohnort, Ihrem Geburtsdatum und Ihrer E-Mail-Adresse an:

pse-fundamentalrights@europarl.europa.eu.

20. JAHRESKONFERENZ VON IGLYO

Von IGLYO

Die 20. Jahreskonferenz von IGLYO findet vom 03. bis 10. Dezember 2006 in Riga (Lettland) statt.

Die Konferenz unter dem Motto "Jenseits vom Coming Out: Gesundheitsfragen der LGBT-Jugend und -Communities diskutieren", wird in Zusammenarbeit mit der lokalen LGBT-Gruppe Mozaika – Riga organisiert und von der Europäischen Jugendstiftung sowie dem Amsterdamer Stadtrat finanziert.

Das Fristende für eine Anmeldung ist Sonntag, der 22. Oktober 2006. Bitte melden Sie sich so bald wie möglich an.

Wir bitten Sie freundlich, diese Einladung über Ihren Mailing- und Kontaktlisten zu verbreiten.

Für Bewerbungsformulare und weitere Fragen nehmen Sie bitte Kontakt mit unserem Vorbereitungsteam unter auf:

iglyoannualconference@mail.com

AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN:

JUSTICE INITIATIVE FELLOWS PROGRAMM AN DER ZENTRALEUROPÄISCHEN UNIVERSITÄT

Von Zentraleuropäische Universität, Rechtsfakultät, CEU Budapest

Die Open Society Justice Initiative [Rechtsinitiative der offenen Gesellschaft], ein Aktionsprogramm des Open Society Institute (OSI) [Institut der offenen Gesellschaft] arbeitet mit der Zentraleuropäischen Universität (CEU) zusammen, um das Justice Initiative Fellows Programm [Rechtsinitiativprogramm für Wissenschaftlernachwuchs] für 2007 bis 2009 anzukündigen. Ziel des Programms ist die Unterstützung und Ausweitung eines Netzwerks von Rechtsanwälten/innen und Aktivisten/innen, die international über Menschenrechtsfragen arbeiten. Das 1996 gegründete Justice Initiative Fellows Programm hat 255 Wissenschaftler aus mehr als 20 Ländern graduiert.

Das Justice Initiative Fellows Programm ist ein zweijähriges Programm für Studien und praktische Arbeit. 2007 werden höchstens zehn Bewerber/innen ausgewählt, um an dem Programm teilzunehmen. Bewerber/innen aus den folgenden Regionen kommen in Frage: Zentral- und Osteuropa, die frühere Sowjetunion, Afrika, Ost- und Südostasien, der Mittlere Osten sowie Zentral- und Südamerika.

Weitere Informationen und Einzelheiten unter:

www.ceu.hu/admissions.html

28. INTERNATIONALES TRAININGSPROGRAMM FÜR MENSCHENRECHTE (IHRTP)

STE-ANNE-DE-BELLEVUE, QUÉBEC, KANADA, 10. BIS 29 JUNI 2007

Von Ian Hamilton, Geschäftsführer, Equitas

Wir laden Ihre Organisation ein, sich für dieses Programm zu bewerben und/oder die Information an Ihr Netzwerk von Menschenrechtsaktivisten/innen weiterzuleiten. Bei der Frage, wer sich bewerben sollte, berücksichtigen Sie bitte, dass das IHRTP für Menschenrechtsmitarbeiter/innen und Ausbilder/innen gedacht ist. Das Ziel des IHRTP ist die Kapazitätssteigerung von Menschenrechtsorganisationen, um eine Menschenrechtsausbildung durchzuführen, die auf die Entwicklung einer globalen Menschenrechtskultur abzielt. Der Programmablauf gründet auf Prinzipien empirischen Lernens Erwachsener, bei denen Teilnehmer/innen und Ausbilder/innen sich in einem Prozess

gegenseitigen Lehrens und Lernens austauschen. Das Bewerbungsformular enthält eine genaue Beschreibung des Programms.

Der Auswahlprozess und das Teilnehmer/innenprofil, das wir anstreben, sind in dem beigefügten Schreiben erläutert. Die Auswahlkommission von Equitas bevorzugt Organisationen, die am besten in der Lage sind, ihre Verpflichtung und Effektivität in Hinsicht auf die Förderung von Menschenrechten und Ausbildung in Menschenrechten am besten darzustellen. Berücksichtigt werden außerdem eine durchgängige Ausgewogenheit der Geschlechter, die geographische Repräsentation und die Verfügbarkeit von Stipendien.

Equitas ist eine gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, die 1967 als kanadische Menschenrechtsstiftung gegründet wurde und der Förderung der Menschenrechte durch Ausbildung in Kanada und aller Welt gewidmet ist. Durch verschiedene Programme und dem IH RTP als Kernaktivität helfen wir Organisationen, ihre Kapazität aufzubauen, sich in der Menschenrechtsausbildung, Menschenrechtsförderung und demokratischen Entwicklung zu engagieren. Für weitere Informationen über unsere Aktivitäten in Kanada, Asien, Afrika, Zentral- und Osteuropa sowie Zentralasien, besuchen Sie bitte unsere Website:

www.equitas.org

Fristende: 01. Dezember 2006 und nur die Bewerbungsformulare für 2007 werden akzeptiert.

Kontaktperson: Chris Bradley, ihrt-pifdh@equitas.org

"HETERONORMATIVITÄT UND HOMOSEXUALITÄTEN. FORSCHUNG VON MICHAEL POLLAK" *Von Rainer Bartel*

Öffentliche Konferenz an der Johannes Kepler Universität zu Linz, Österreich, 09. - 11. 11. 2006
Konferenzsprache: Deutsch

Alle Informationen unter: www.hosilinz.at/pollak

E-Mail: pollaktagung@jku.at

Telephon: 0043.699121.94.805 (Andreas Schwandner, Koordinator)

Die Konferenz wendet sich an Forscher/innen, Studenten/innen und alle an der Vielfalt nichtheterosexuellen Lebens interessierte Personen.

Heteronormativität wird als ein prägendes soziales Prinzip unter die Lupe genommen, das sich auf die Gesellschaft insgesamt auswirkt und sie strukturiert, sogar über (homo-)sexuelles Leben und Lieben hinaus.